

# Memorandum: **Das Recht auf Zeit** gehört auf die europäische Tagesordnung!

Überall in Europa spüren die Menschen Beschleunigung, Zeitdruck, zeitliche Unvereinbarkeiten, Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeiten. In diesem Memorandum rufen wir die europäischen Instanzen zu einer expliziten Zeitpolitik auf, die zu besserer Lebensqualität, einem gerechteren Verhältnis zwischen den Geschlechtern und Generationen und zu nachhaltiger Entwicklung beiträgt. Wir plädieren für ein „Recht auf Zeit“ und für die Schaffung eines europäischen Ortes, der zeitpolitisches Wissen und Erfahrung zusammenführt und in der EU verbreitet.

Die Krisen, die Europa in jüngster Zeit durchläuft – Covid-19, Klimawandel, Finanzkrise, Krise der Sorge füreinander, die zunehmende Spaltung der Gesellschaften –, zeigen an, dass Europa ein neues Gleichgewicht seiner Werte und Ressourcen benötigt. Zeit für Sorge und Ehrenamt, Zeit für menschliches Wohlergehen, Zeit für sozialen Zusammenhalt und für Solidarität, Zeitstrukturen für eine stabile Ökonomie und die Anerkennung der Zeiten der Natur sind dringender denn je. Es ist Zeit für Zeitpolitik.

Explizite Zeitpolitiken wurden zuerst in Italien in den 1990er Jahren erschlossen, als Frauen die nutzerfreundliche Organisation örtlicher Zeiten – am Arbeitsplatz, im häuslichen Bereich, in der Stadt – verlangten. Initiativen für bürgerfreundliche Reformen privater und öffentlicher Dienstleistungszeiten und für die Integration der Zeit- in die Raumplanung verschafften sich Gehör. ‚Tempi della città‘ (Zeiten der Stadt) verbreiteten sich in Europa, unterstützt von europäischen Programmen (*Eurexcter* und *Equal*).

Immer schon formten implizit zeitliche Politiken Alltage und Lebensläufe sowie kollektive Rhythmen der Gesellschaft. Diese Politiken sollten in ihrer Zeitdimension explizit gemacht und demokratisch legitimiert werden. Denn öffentliche Gestaltungsfelder (wie u. a. Arbeits-, Bildungs-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Tourismuspolitik) bleiben oft selbstbezüglich und werden nicht in öffentlicher Beratung auf ihre zeitlichen Wirkungen geprüft. Ein hervorstechendes Beispiel ist die bevorstehende Entscheidung über die Abschaffung der Sommerzeit in den EU-Mitgliedstaaten. Die zeitliche Organisation der Gesellschaft sollte nicht allein durch staatliche oder ökonomische Macht oder Tradition bestimmt werden, sondern durch demokratische Entscheidung. Wir fordern, dass öffentliche Politik ihre eigenen zeitlichen Aspekte und Folgen berücksichtigt, d. h. sie zuerst einmal sichtbar macht.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Zeit für die Bewältigung des Alltags wird die Erweiterung des modernen Wohlfahrtsstaats um einen neuen Bestandteil gefordert: das Recht auf Zeit. Im Oktober 2010 traf hierzu der Europarat durch seinen Kongress der Gemeinden und Regionen zwei grundsätzliche Entscheidungen. Er forderte die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, örtliche Zeitpolitik zu unterstützen und so den europäischen Bürger\*innen ein Recht auf Zeit zu verschaffen (*Entschließung 313/2010* und *Empfehlung 295/2010*). Das Recht auf Zeit hat fünf Bestandteile:

- Selbstbestimmung der Individuen über ihre Zeit;
- Verbot der Diskriminierung (wegen Geschlecht, Alter, Ethnie o.ä.) im Zeitgebrauch;
- Verbot der Entwertung von Zeiten (wie Arbeitslosigkeit, Sorge- und Bildungszeiten, Zeiten zivilen Engagements);
- Das Recht, eine eigene Kultur des Zeitgebrauchs zu entwickeln;
- Das Recht von Menschen, Gruppen, Familien auf gemeinsame Zeiten.

Der moderne Sozialstaat beschränkt sich nicht länger auf finanzielle Daseinsvorsorge. Er übernimmt auch Verantwortung für zeitliches Wohlergehen und Selbstbestimmung.

Das Recht auf Zeit tangiert in seiner Verwirklichung zahlreiche Politikfelder. Es betrifft die Vereinbarkeit unterschiedlicher Bereiche des alltäglichen Lebens, unterschiedlicher Typen von Arbeit, von Sorge für Andere, häuslicher und ehrenamtlicher Aktivität sowie Freizeit und von verschiedenen sozialen Milieus. Es verspricht die Schlichtung von Zeitkonflikten (z. B. um zeitliche Anforderungen an die städtische Infrastruktur, die Nutzung der Nacht). Es ordnet die raumzeitliche Gestalt des Alltags mit dem Ziel nachhaltiger Entwicklung und Erhöhung der Qualität des Lebens. Demokratische Zeitpolitik bezieht alle Betroffenen in die Ausarbeitung von Zeitprojekten ein, besteht auf bürgerfreundlicher Kooperation der Dienstleister verschiedener Branchen und Ebenen untereinander und bleibt in reversiblen Gestaltungsexperimenten lernfähig.

Zeitpolitik hat in Europa bereits vielgestaltige Instrumente hervorgebracht. Dazu gehören Formen der Generierung von Wissen (Erhebung räumlicher Rhythmen, Zeitfolgenabschätzung), Methoden der Bürgerbeteiligung (auch von Kindern, Senioren, Nicht-Einwohnern) und der Integration der Zeit in die Raumplanung. Zeitpolitische Werkzeugkästen sowie praktische und akademische Expert\*innen stehen überall in Europa bereit.

Was Europa heute braucht, sind ein machtvoller Impuls für explizite Zeitpolitik sowie ein europäischer Ort, der zeitpolitische Erfahrung und Expertise zusammenführt und zum Blühen bringt. Wir, die Unterzeichner\*innen dieses Memorandums, ergreifen die Gelegenheit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu einem Aufruf an die Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission, damit diese Folgendes auf ihre politische Agenda setzen:

- die Achtsamkeit für zeitliche Wirkungen öffentlicher Politiken und Handlungen steigern,
- direkte und indirekte zeitliche Folgen politischer Maßnahmen explizit machen
- und explizit zeitlich orientierte Politiken entwerfen.

Wir regen die Gründung einer „Europäischen Zeit-Akademie“ an – das ist ein Ort, der Zeitpolitik europaweit wechselseitig unterstützt und ermutigt und Wissen und praktische Erfahrung in zeitlichen Gestaltungsfragen bündelt. Die Akademie ist Knotenpunkt für

- transnationale Wissenssammlung und -verbreitung,
- zeitpolitische Bewusstseinsarbeit,
- innovativer Forschung,
- Austausch von Wissenschaft und Praxis
- und zeitpolitische Fortbildung und Beratung.

Durch Schaffung neuer Forschungsagenden, durch Bereitstellung von Best practice-Beispielen und -Handreichungen dient die Akademie als Laboratorium: Sie bezieht Stakeholder ein, sie tritt als respektierter Diskussionspartner in öffentlichen Beratungsprozessen auf (z.B. der Sommerzeit-Abschaffung), sie stellt europäische Zertifikate für zeitpolitische Akteure vor Ort aus. So erbringt die Europäische Zeit-Akademie den Nachweis, dass die EU bereit ist, „Zeit“ als zweiten Pfeiler des Sozialstaats anzuerkennen: Indem sie sich aktiv für die Lebensqualität der Bürger\*innen und die Gleichberechtigung der Geschlechter, für Sorge und sozialen Zusammenhalt durch partizipative Demokratie einsetzt.

*Unterzeichner:*

*Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin), Vereinigung „Tempo Territorial“ (Paris),  
städtische Zeitbüros in Barcelona, Bozen, Mailand; IATUR*

*im Juli 2020*